

# + + + Landtagsticker + + +

Ausgewähltes aus den Sondersitzungen des Landtags vom  
20.03., 30.03. und 02.04.2020

## #Haushalt

### Endlich Doppelhaushalt für 2020/2021 verabschiedet

Auf der vorgezogenen Landtagssitzung vom 20. März wurde nun mit etlicher Verspätung endlich der Doppelhaushalt 2020/2021 verabschiedet. Den besonderen Bedingungen der Covid-19-Pandemie geschuldet, fand die Sitzung ohne Debatte statt obwohl dies mit den nötigen Vorkehrungen möglich gewesen wäre, wie die weiteren Sondersitzungen gezeigt haben. Der Finanzminister Michael Richter sprach in seiner zu Protokoll gegebenen Rede davon, dass sich Sachsen-Anhalt auch finanziell auf eine „außergewöhnliche Notsituation“ zubewege und er von einer nahenden Rezession ausgehe. Einen Entschließungsantrag der Fraktion Die LINKE zum Landeshaushalt, in dem genau diese Einschätzung durch den Landtag bekräftigt und notwendige Konsequenzen gezogen werden sollten, lehnten die Koalitionsfraktionen allerdings ab. Der *Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann* erklärte in einer Pressemitteilung dazu: „Der Finanzminister ist deutlich weiter als die Koalition, die sich heute zurückgelehnt hat, nachdem der Doppelhaushalt 2020/21 ohne Debatte im Plenum beschlossen wurde. Dabei muss jedem klar sein, dass der Haushalt durch die kommenden Belastungen aus der Corona-Krise bereits mit dem heutigen Beschluss Makulatur ist.“

Der Finanzminister räumt ein, dass weder die Ziele des laufenden Haushaltes noch die wegen der Corona-Krise erforderlichen sozialen und wirtschaftlichen Ausgleichsmaßnahmen ohne ein zusätzliches Kreditprogramm, wie es Die LINKE gefordert hat, umsetzbar sind. Die Koalition hat heute die Chance verpasst, ein Zeichen zu setzen, dass über den derzeitigen Haushalt hinaus alles dafür getan wird, um das Gesundheitssystem zu stützen und die Folgen der Pandemie für die Bürger\*innen und die oft kleinteilige Wirtschaft in Sachsen-Anhalt zu kompensieren.“ Und er ergänzt: „Solidarität ist das Gebot der Stunde: Das gilt für die Menschen untereinander und erst recht für den Staat gegenüber seinen Bürger\*innen. Es muss jetzt schnell und unbürokratisch überall dort auch mit Geld geholfen werden, wo finanzielle Not entsteht. Derzeit erscheint es aber höchst unsicher, ob Landesregierung und Koalition dafür Vorsorge getroffen haben.“

## #Corona und Nachtragshaushalt

### Nachtragshaushalt für Menschen, nicht nur für Unternehmen

So lautet die Forderung der Fraktion DIE LINKE im Landtag zum Nachtragshaushalt zur Eindämmung der Folgen der Corona-Krise, der in zwei Lesungen am 30. März und 2. April durch den Landtag gebracht wurde. Mit 500 Millionen Euro entspricht dieser Haushalt in der Höhe den Vorstellungen unserer Fraktion, nicht aber in der inhaltlichen Ausgestaltung. Der *Fraktionsvorsitzende Thomas Lippmann* verwies darauf bereits in seiner Rede bei der Einbringung des Nachtragshaushaltes und verdeutlichte dies in einer Presseerklärung nach dessen Verabschiedung: „Die Fraktion DIE LINKE kritisiert, dass die in unseren Entschließungsanträgen enthaltenen Vorschläge zur gerechten Verteilung des 500 Millionen-Euro-Pakets ignoriert wurden. Wir befürchten, dass letztlich die Not vieler Betroffener unberücksichtigt bleibt oder die Hilfen zu langsam ankommen und viel zu gering ausfallen.“

Die Fraktion DIE LINKE wirbt weiterhin dafür, dass insbesondere Vereine und Verbände, Betreuungs- und Bildungseinrichtungen sowie Kultureinrichtungen und freischaffende Künstler\*innen im Fokus der staatlichen Hilfen stehen müssen.

Außerdem brauchen die Menschen, die derzeit besonderer Schutzmaßnahmen bedürfen, seien es Frauen und Kinder, die Opfer häuslicher Gewalt werden oder Menschen ohne festen Wohnsitz oder in Gemeinschaftsunterkünften, schnelle, unbürokratische und ausreichende Hilfsangebote, um durch die Pandemie nicht noch weiter an den Rand der Gesellschaft gedrängt zu werden.

Von besonderer Bedeutung in der Krise sind funktionierende Strukturen vor Ort in den Kommunen. Durch die Lasten aus Maßnahmen zur Eindämmung der Pandemie darf es zu keiner Verschärfung der finanziellen Notlagen in den Kommunen kommen. Zusätzliche Ausgaben der Kommunen und Einnahmeausfälle müssen vollständig ausgeglichen werden.“

Immerhin wurde unsere Forderung erfüllt, dass ALLEN Eltern die KiTa-Gebühren erlassen werden, also auch jenen, die aufgrund ihrer Tätigkeit in den Bereichen, die das Weiterfunktionieren des Landes und die gesundheitliche Betreuung sicherstellen und deshalb eine Notbetreuung ihrer Kinder benötigen, allerdings zunächst nur für den April. Wichtig ist auch, dass die den Kommunen dadurch entstehenden Einnahmeausfälle durch das Land kompensiert werden.

Die Landtagsfraktion werde, laut Lippmann die Verteilung des 500-Millionen-Euro-Pakets intensiv und kritisch begleiten und erwarte eine regelmäßige und transparente Berichterstattung seitens der Landesregierung. Bei aller Zustimmung zum Hilfe-Paket hat die Fraktion die Tilgung der neuen Schulden in nur drei Jahren abgelehnt, weil damit die finanziellen Probleme von heute nur in die Zeit nach der Krise verschoben und den Staat dann erneut handlungsunfähig machen würden.

Auch der Vorschlag der Fraktion, auf die kommende Diätenerhöhung in Form einer Selbstverpflichtung der Abgeordneten zu verzichten, fand bisher in den Koalitionsfraktionen keine Zustimmung.

Erstellt von Kerstin Eisenreich (MdL), 8. April 2020

Mehr und Ausführlicheres über Inhalte und Debatten der Landtagssitzungen im März/April 2020 ist auf den Internetseiten der Landtagsfraktion zu finden: [www.dielinke-fraktion-lsa.de](http://www.dielinke-fraktion-lsa.de).  
Auch auf Facebook und Twitter können die Debatten verfolgt werden.